



Bürgerliste Wiesbaden

Fraktion Bürgerliste Wiesbaden – Rathaus – 65183 Wiesbaden

Rathausfraktion
Schloßplatz 6
Rathaus – 3.Stock / Zi. 308
65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 - 31 31 60
Fax: 0611 - 31 69 26

www.BLW-Fraktion.de

E-Mail:
BLW-Fraktion@Wiesbaden.de

Fraktionsvorsitzender:
Dr. Michael von Poser
Geschäftsführer: K.H. Maierl

Pressemitteilung:

Mehr Transparenz in öffentlichen Betrieben

Wiesbaden, 27.05.2009

Die Auseinandersetzungen um das Kohlekraftwerk haben noch einmal unmißverständlich gezeigt, daß der Einfluß der städtischen Gremien auf die Geschäftspolitik städtischer Betriebe gegen null geht, wenn diese als GmbH oder als AG organisiert sind. Mehr Druck kann nur dadurch ausgeübt werden, daß die Öffentlichkeit rechtzeitig erfährt, was in den Aufsichtsgremien verhandelt wird. Es fehlt an Transparenz, da die Aufsichtsgremien geheim tagen. Dies gilt auch für Eigenbetriebe der Stadt. Eine solche Geheimpolitik ist rechtlich nicht zwingend.

Um die Arbeit der Aufsichtsgremien durchsichtiger zu machen hat die Fraktion Bürgerliste schon im Oktober 2008 einen entsprechenden Antrag im Parlament gestellt. Wir beziehen uns dabei auf Urteile des Verwaltungsgerichts Regensburg und des Oberverwaltungsgerichts München.

Aufgrund einer Klage einer Bürgerinitiative in Passau, die eine transparentere Rathauspolitik erreichen wollte, haben die beiden Gerichte entschieden, daß juristisch gesehen Raum ist für mehr Transparenz in den Aufsichtsgremien städtischer Betriebe und daß es wünschbar ist, sie einzuführen. Es müsse ein vernünftiger Ausgleich gefunden werden zwischen den Interessen der Bürgerschaft und den unternehmerischen Interessen. In den Urteilen werden klare Vorgaben gemacht, wie das praktisch aussehen kann: die Tagesordnungen werden in öffentlich und nichtöffentlich unterteilt (wie auch bei unserer Stadtverordnetenversammlung). Nichtöffentlich wird nur das behandelt, was unbedingt geheimgehalten werden muß, um die Geschäftspolitik nicht zu beeinträchtigen. Eine solche Regelung wird in verschiedenen Städten Bayerns inzwischen angewandt

Unser Antrag wurde in den Ältestenausschuß verwiesen und liegt da schon lange. Zunächst wurde geprüft, ob die hessischen Gesetze die entsprechenden Änderungen von Gesellschaftsverträgen zulassen, und es erwies sich, daß sie sie zulassen. Gegen weitere die Entscheidung hinauszögernde Einwände hat die Fraktion Bürgerliste ein rechtliches Gutachten eingeholt. Es wird nun wohl darauf hinauslaufen, daß die Stadt ihrerseits noch ein Gutachten bestellt. Ob dadurch die Transparenz gefördert oder verhindert werden soll, wird sich zeigen. Wir haben darauf hingewiesen, daß Gutachten – anders als Gerichtsbeschlüsse wie die von Regensburg und München – keine rechtliche Bindungskraft haben.

Allenthalben wird gejammert über die mangelhafte Aufsicht in städtischen Betrieben. Die Vorgänge um die Wohnbau Mainz und den Eigenbetrieb Mattiaqua erweisen, wie dringend nötig mehr Transparenz ist. Es ist nicht zu verstehen, weshalb unser Vorschlag so dilatorisch behandelt wird.

Dr. Michael von Poser